

Wir kommentieren die Regierungserklärung zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr, die Bundeskanzlerin Angela Merkel am 22.04.10 vor dem Deutschen Bundestag abgegeben hat.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 110/10 – 26.04.10

Regierungserklärung der Bundeskanzlerin Angela Merkel zum verfassungswidrigen Bundeswehreinsatz in Afghanistan mit Kommentar

Der Wortlaut der Regierungserklärung wurde übernommen aus dem vorläufigen Protokoll der Bundestagssitzung am 22.04.10, das unter <http://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/vorlaeufig/17037.html> nachzulesen ist. *Unser eingeschobener Kommentar erscheint in kursiver, friedensblauer Schrift.*

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Übermorgen nehmen wir Abschied von vier deutschen Soldaten, die am letzten Donnerstag in Afghanistan gefallen sind. Wir nehmen Abschied von Thomas Broer, Marius Dubnicki, Josef Kronawitter und Jörn Radloff. Schon vor zwei Wochen mussten wir Abschied nehmen von Martin Augustyniak, Nils Bruns und Robert Hartert. Sie waren am Karfreitag in Afghanistan gefallen, ebenso wie sechs afghanische Soldaten.

Sie alle sind gestorben, weil sie Afghanistan zu einem Land ohne Terror und Angst machen wollten. Ich spreche den Angehörigen, den Kameraden und Freunden mein tief empfundenes Mitgefühl aus. Ich tue dies im Namen der ganzen Bundesregierung und der Mitglieder dieses Hohen Hauses und für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Auch an die Verwundeten denken wir. Auch bei ihnen sind meine und unsere Gedanken und Sorgen. Wir wünschen ihnen baldige und vollständige Genesung.

Schon bei der Trauerfeier für die am Karfreitag in Afghanistan getöteten deutschen Soldaten hat Kanzlerin Angela Merkel den Angehörigen der toten Soldaten nicht nur ihr eigenes "tiefempfundenes Mitgefühl" ausgesprochen (s. dazu http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP09810_120410.pdf). Sie maßt sich auch im Bundestag wieder an, das ebenfalls im Namen der "Bürgerinnen und Bürger unseres Landes" zu tun, die den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr mit überwältigender Mehrheit ablehnen. Wenn Frau Merkel deren Willen respektiert hätte, wären die von ihr erst in den Tod geschickten und nun scheinheilig betrauernten Soldaten alle noch am Leben. Die Soldaten sind nicht gestorben, "weil sie Afghanistan zu einem Land ohne Terror und Angst machen wollten", sondern weil sie helfen sollten, in diesem Land die imperialistischen Ziele der USA durchzusetzen.

Anlässlich des Gelöbnisses von jungen Bundeswehrrekruten am Jahrestag des Stauffenberg-Attentats hat Altbundeskanzler Helmut Schmidt am 20. Juli 2008 vor dem Reichstag gesagt - ich zitiere -:

Liebe junge Soldaten! Ihr habt das große Glück ?, einer heute friedfertigen Nation und ihrem ? rechtlich geordneten Staat zu dienen. Ihr müsst wissen: Euer Dienst kann auch Risiken und Gefahren umfassen. Aber ihr könnt euch darauf verlassen: Dieser Staat wird euch nicht missbrauchen. – Ende des Zitats.

Ja, dieser Staat, der im letzten Jahr 60 Jahre alt wurde und der in diesem Jahr 20 Jahre Wiedervereinigung feiern kann, verlangt von seinen Soldatinnen und Soldaten viel, sehr viel, wie wir gerade in diesen Tagen schmerzhaft erfahren müssen. Aber niemals wird er sie missbrauchen. Er stellt sie in den Dienst der freiheitlichen und demokratischen Werte dieses Landes.

Die Bundeswehr sollte mit "Bürgern in Uniform" nur noch das Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und ihre freiheitlich-demokratische Grundordnung verteidigen (Art.87a GG) und nie mehr über andere Länder und andere Völker herfallen. Als Oberleutnant der Nazi-Wehrmacht – die über ganz Europa und seine Völker hergefallen ist – hätte Altkanzler Helmut Schmidt eigentlich wissen müssen, dass auch die Bundeswehr wieder missbraucht wird. Der Missbrauch begann unter der rot-grünen Regierung Schroeder/Fischer – mit der Beteiligung der Bundesluftwaffe an den am 24. März 1999 einsetzenden und 78 Tage andauernden völkerrechtswidrigen Luftangriffen auf serbische Truppen im Kosovo und auf Zivilisten in serbischen Städten. Seither haben die rot-grüne, die schwarz-rote und die schwarz-gelbe Regierung mit ihren jeweiligen Bundestagsmehrheiten durch die Entsendung von immer mehr deutschen Bürgerinnen und Bürgern in Uniform in den völkerrechts- und verfassungswidrigen Angriffskrieg in Afghanistan nicht nur die Bundeswehr missbraucht, sondern auch fortlaufend das Grundgesetz gebrochen, das in Artikel 26 Angriffskriege für verfassungswidrig erklärt. Frau Merkel hat wie alle Bundestagsabgeordneten, die den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr befürworteten, das Recht verwirkt, sich auf die "freiheitlichen und demokratischen Werte" unseres Landes zu berufen.

Die im Einsatz in Afghanistan gefallenen Soldaten haben wie alle ihre Kameraden, die als Berufssoldaten oder Soldaten auf Zeit tätig sind, einen Eid geleistet, diesen Eid:

Ich schwöre, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen (so wahr mit Gott helfe).

Ja, die im Einsatz gefallenen Soldaten, derer wir heute gedenken, haben der Bundesrepublik Deutschland treu gedient, indem sie einem Mandat folgten, das der Deutsche Bundestag in den letzten acht Jahren mit unterschiedlichen Mehrheitsverhältnissen auf Antrag von Bundesregierungen in unterschiedlicher Zusammensetzung immer wieder beschlossen hat. Dieses Mandat ist über jeden vernünftigen völkerrechtlichen oder verfassungsrechtlichen Zweifel erhaben.

(Widerspruch bei der LINKEN)

Es ruht auf den Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Es ist unverändert gültig.

Es ist bezeichnend, dass die Bundeskanzlerin die von uns in Klammern angefügte religiöse Schlussformel einfach weglässt, denn der Missbrauch der Bundeswehr müsste eigentlich von allen gläubigen Menschen verurteilt werden. Das Mandat, auf das sich Frau Merkel beruft, ist keineswegs "über jeden vernünftigen völkerrechtlichen und verfassungsrechtlichen Zweifel erhaben". Wir verweisen hierzu auf den Artikel "Jenseits des Rechts" von Dieter Deiseroth, einem Richter am Bundesverwaltungsgericht und Experten für Verfassungs-, Verwaltungs- und Völkerrecht, der unter http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=2105270&em_loc=1231 aufzurufen ist. Wir empfehlen, ihn ganz lesen, und zitieren deshalb nur einen wichtigen Ausschnitt:

"Angesichts der dargelegten massiven völkerrechtlichen und demokratischen Defizite des Petersberg-Abkommens, auf dessen Umsetzung die erwähnten UN-Resolutionen abzielen, ist auch die legitimatorische Grundlage des Einsatzes der UN-mandatierten Isaf-Ver-

bände in Afghanistan unter Führung der USA und der Nato größten Zweifeln ausgesetzt. Erschwerend kommt hinzu, dass die Unterschiede zwischen der sogenannten Terrorbekämpfung unter dem – völkerrechtlich besonders defizitären – Mandat der US-geführten Operation Enduring Freedom und der "Internationalen Sicherheitsunterstützungskräfte" (ISAF) in der Praxis immer mehr verschwimmen, so dass mittlerweile im Prinzip alle ausländischen Soldaten zunehmend als Teil einer Besatzungsmacht wahrgenommen werden."

Unsere im Einsatz gefallenen Soldaten waren tapfer, weil sie ihren Auftrag, unser Recht und unsere Freiheit zu verteidigen, in vollem Bewusstsein der Gefahren für Leib und Leben ausgeführt haben. Tapferkeit – das haben zuerst sie und ihre Angehörigen, aber dann auch wir alle schmerzhaft erfahren müssen – ist ohne Verletzbarkeit nicht denkbar.

Jeder einzelne gefallene Soldat verpflichtet deshalb uns alle, sorgsam mit seinem Andenken umzugehen. Unser Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel hat die drei Toten des Karfreitags zurück nach Deutschland begleitet. Unser Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg ist unmittelbar nach dem Gefecht der vergangenen Woche zurück nach Masar-i-Scharif geflogen. Ich bin vor zwei Wochen nach Selsingen zur Trauerfeier gefahren, und ich werde am Samstag gemeinsam mit dem Bundesaußenminister und dem Bundesverteidigungsminister in Ingolstadt sein. Wir alle haben das nicht allein als Regierungsmitglieder getan, wir tun es auch – wie viele andere aus diesem Hohen Hause – als Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Denn auch als Abgeordnete haben wir diesen Einsatz beschlossen und damit die Verantwortung dafür übernommen, was mit unseren Soldatinnen und Soldaten geschieht. Das, was unsere toten Soldaten für uns getan haben, hat im Mittelpunkt unseres öffentlichen Andenkens zu stehen.

Wurde der deutschen Bevölkerung bisher nicht immer erzählt, die Bundeswehr baue in Afghanistan vor allem Brunnen und Straßen und Sorge dafür, dass auch Mädchen zur Schule gehen können? Auch der eine oder andere der bisher am Hindukusch umgekommenen 43 Bundeswehrsoldaten dürfte das geglaubt haben, als er aus Abenteuerlust oder wegen der Gefahrenzulage von 110 Euro pro Tag, die in dem viermonatigen Einsatz auf über 13.000 Euro anwächst, nach Afghanistan ging. Dass man dort auch sein Leben verlieren kann, haben die meisten der Getöteten sicher nicht geglaubt oder verdrängt. Gelegenheit zur Tapferkeit dürfte kaum bestanden haben, denn die meisten sind nicht im Gefecht, sondern durch Sprengstoffanschläge gestorben. Sie wurden auch nicht zur Verteidigung unserer Freiheit und unseres Rechts in den Tod geschickt, sondern für den Machtanspruch der USA geopfert. Dass Minister von ihren risikolosen Kurzreisen ins Kriegsgebiet Tote oder Verwundete mitbringen und die Kanzlerin zur Teilnahme an Trauerfeiern gedrängt werden muss, wird die Angehörigen der toten Soldaten kaum trösten. Auch wenn sich Frau Merkel als Kanzlerin und Abgeordnete zu ihrer Verantwortung für den Tod der Soldaten bekennt, macht das die jungen Männer nicht wieder lebendig. Warum weigert sie sich, die Verantwortung für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan zu übernehmen? Sollen noch mehr deutsche Soldaten sterben, weil Frau Merkel ihre Gönner und Förderer in den USA nicht verärgern kann, da sie sonst sehr tief fallen würde? (s. http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP05810_260210.pdf)

Ich habe es in den letzten Tagen und Wochen häufiger gesagt und wiederhole es heute: Dass die meisten Soldatinnen und Soldaten das, was sie in Afghanistan täglich erleben, Bürgerkrieg oder einfach nur Krieg nennen, das verstehe ich gut. Wer täglich fürchten muss, in einen Hinterhalt zu geraten oder unter gezieltes Feuer zu kommen, der denkt nicht in juristischen Begrifflichkeiten. Wer so etwas erlebt, der fürchtet vielmehr, dass derjenige, der völkerrechtlich korrekt vom nicht internationalen bewaffneten Konflikt spricht, die Situation zu verharmlosen versucht. Deshalb sage ich ganz deutlich: Niemand von uns

verharmlost; niemand von uns – ob er im Deutschen Bundestag für oder gegen diesen Einsatz gestimmt hat – verharmlost das Leid, das dieser Einsatz bei unseren Soldaten und ihren Familien, aber auch bei Angehörigen unschuldiger ziviler afghanischer Opfer hinterlässt.

Am 10. Februar dieses Jahres hat Bundesaußenminister Guido Westerwelle für die Bundesregierung vor diesem Hohen Haus erklärt – ich zitiere – :

Die Intensität der mit Waffengewalt ausgetragenen Auseinandersetzung mit Aufständischen und deren militärischer Organisation führt uns zu der Bewertung, die Einsatzsituation von ISAF auch im Norden Afghanistans als bewaffneten Konflikt im Sinne des humanitären Völkerrechts zu qualifizieren.

Das, meine Damen und Herren, ist das, was landläufig als kriegerische Handlung oder Krieg bezeichnet wird.

Jedem Mitglied dieses Hauses, das sich ernsthaft mit dieser Frage beschäftigt hat – und das unterstelle ich jedem von uns – , war dies vor der Abstimmung über das aktuelle Mandat bewusst. Wir können von unseren Soldaten nicht Tapferkeit erwarten, wenn uns selbst der Mut fehlt, uns zu dem zu bekennen, was wir beschlossen haben.
(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der mit den inszenierten Anschlägen vom 11. September 2001 begründete Überfall der USA und der NATO auf Afghanistan wird nur deshalb als "nicht internationaler bewaffneter Konflikt" umschrieben, weil er eigentlich ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg ist, der seit dem Nürnberger Urteil gegen führende Nazis als das schwerste internationale Verbrechen gilt. In diesem Urteil wird er folgendermaßen charakterisiert:

"Die Behauptungen der Anklageschrift, daß die Angeklagten Angriffskriege geplant und geführt hätten, sind Anschuldigungen äußerster Schwere. Der Krieg ist seinem Wesen nach ein Übel. Seine Auswirkungen sind nicht allein auf die kriegführenden Staaten beschränkt, sondern treffen die ganze Welt.

Die Entfesselung eines Angriffskrieges ist daher nicht bloß ein internationales Verbrechen; es ist das schwerste internationale Verbrechen, das sich von anderen Kriegsverbrechen nur dadurch unterscheidet, daß es in sich alle Schrecken der anderen Verbrechen einschließt und anhäuft." (Das Zitat aus dem Nürnberger Urteil ist aufzurufen unter <http://www.zeno.org/Geschichte/M/Der+N%C3%BCrnberger+Proze%C3%9F/Materialien+und+Dokumente/Urteil/Der+gemeinsame+Plan+zur+Verschw%C3%B6rung+und+der+Angriffskrieg> .)

Alle Politiker und Militärs, die den völkerrechts- und verfassungswidrigen Angriffskrieg in Afghanistan geplant haben und bis heute in Gang halten, gehören wegen dieses "schwersten aller internationalen Verbrechen" vor den International Criminal Court / ICC in Den Haag. Weil sie das wissen und davor Angst haben, darf das Morden und Brennen in Afghanistan nur "umgangssprachlich" kriegsähnlicher Zustand oder "landläufig" kriegsähnliche Handlung und hinter vorgehaltener Hand sogar Krieg genannt werden. (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP10710_220410.pdf)

In einem Interview, das am letzten Sonntag in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung erschienen ist, hat Hauptfeldwebel Daniel Seibert minutiös ein Gefecht beschrieben, in das er am 4. Juni des letzten Jahres geriet. Auf die Frage, ob er selbst in diesem Gefecht geschossen und einen Menschen getötet hat, antwortet er – ich zitiere – :

Ich habe ihn erschossen. Er oder ich, darum ging es in diesem Fall.
(Zuruf von der LINKEN)

Daniel Seiberts Handeln während des Gefechts war es zu verdanken, dass ein Spähtrupp aus einem Hinterhalt der Taliban befreit werden konnte. Hauptfeldwebel Seibert wurde für Tapferkeit ausgezeichnet. Das bedeutet ihm, wie er in dem Interview weiter ausführt, nicht viel. Wichtiger seien ihm Anerkennung und Respekt für die Härte seines Einsatzes, Anerkennung und Respekt von uns allen, von allen Bürgerinnen und Bürgern, Respekt für ihn und alle Soldaten, die in Extremsituationen ihres Lebens kommen, die wir uns in Deutschland kaum oder gar nicht vorstellen können.
(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der von Frau Merkel erwähnte Vorfall ist nachzulesen unter <http://www.faz.net/s/Rub0C-CA23BC3D3C4C78914F85BED3B53F3C/Doc~EB615B3F5AF6A4218820141A1038F1-CA0~ATpl~Ecommon~Sspezial.html> .

Die FAZ berichtete am 19. April 2010: "Sie sollten die Taliban aus ihrer Stellung im Dorf Basoz treiben – doch der Feind kam den Soldaten bei ihrem Einsatz zuvor. Der deutsche Spähtrupp war von Aufständischen umzingelt."

Was dann geschah, beschreibt Hauptfeldwebel Seibert so: "Es kam zu einer Duellsituation. Nachdem wir den ersten Angriff abgewehrt hatten, barg der Feind seine Gefallenen und Verletzten. Dann wollte er unsere linke Flanke angreifen. Ich positionierte gerade die schweren Waffen um, als ich aus dem Augenwinkel vier Kämpfer wahrnahm, die 25 Meter von uns entfernt einen Stellungswechsel vornahmen. Einer von ihnen blieb stehen und richtete einen Feuerstoß auf mich und den Spähtruppführer. Dem Kameraden wurde der Trageriemen von der Waffe und ein Stück der Schuhsohle weggeschossen, mir flogen die Geschosse um die Ohren. Aber sie haben mich verfehlt. Mein Gegenfeuer hat dann dafür gesorgt, dass der Mann auf niemanden mehr eine Waffe richten wird."

Auf die Frage "Sie haben den Feind aufgerieben?" antwortet er: "Die Anzahl der Ausfälle des Feindes unterliegt der Geheimhaltung. Er hatte eine Menge Tote zu beklagen, das kann ich sagen."

Der deutsche Spähtrupp war nicht mit Straßenbau, sondern mit dem Aufspüren gegnerischer Kämpfer beschäftigt, plante also selbst eine Angriffshandlung.

Anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises am 10. Dezember des letzten Jahres hat der amerikanische Präsident Barack Obama gesagt – ich zitiere – :

Ja, die Mittel des Krieges spielen eine Rolle in der Erhaltung des Friedens. Und doch muss diese Wahrheit neben einer anderen bestehen, nämlich der, dass Kriege menschliche Tragödien bedeuten, wie gerechtfertigt sie auch immer sein mögen. Der Mut des Soldaten ist ruhmreich, ein Ausdruck der Aufopferung für sein Land, für die Sache und für seine Waffenbrüder. Doch der Krieg selbst ist niemals ruhmreich, und wir dürfen ihn niemals so nennen.

Die deutsche Bundeskanzlerin nutzt sogar ihre Regierungserklärung, um vor Barack Obama, der ihr offensichtlich immer noch übelnimmt, dass sie ihn bei seinem Berlin-Besuch als Präsidentschaftskandidat nicht am Brandenburger Tor hat reden lassen, zu kuschen (s. dazu http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP12100_010808.pdf). Dass sie dann auch noch aus der kriegereischsten Rede zitiert, die je bei der Verleihung des Friedensnobelpreises gehalten wurde, ist ein weiterer Kotau vor einem Kriegstreiber, der zur

Tarnung seiner wahren Absichten als Friedensengel auftritt (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP22009_101009.pdf). Dabei zitiert Obama selbst eigentlich nur das lateinische Sprichwort "Si vis pacem, para bellum !" (Wenn du Frieden willst, bereite Dich zum Krieg!) Der Rest des Zitats heißt im Klartext: Die Befolgung der Mordbefehle des Präsidenten – zum Beispiel bei Drohnenangriffen in Pakistan – ist nicht ruhmreich, "ruhmreich" ist nur der Mut des Killers, der in einem Gefechtsstand in den USA in seinem bequemen Sessel sitzt, die Drohne über Satellit steuert und die Mordrakete mit einer Art Joystick auslöst. (Weitere Infos dazu unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP23809_301009.pdf)

In anderen Worten: Wir müssen das Leid beim Namen nennen. 43 deutsche Soldaten haben seit Beginn unseres Einsatzes ihr Leben in Afghanistan verloren. 24 von ihnen sind durch sogenannte Feindeinwirkung und im Kampf gefallen. Unbeteiligte Menschen haben ihr Leben verloren – auch infolge deutschen Handelns, wie beim Luftschlag in Kunduz am 4. September vergangenen Jahres.

Jeder Tod beendet nicht nur ihr Leben, er trifft auch immer gelebte zwischenmenschliche Nähe, Liebe, Hoffnungen und Träume. Deshalb ist es wieder und wieder wichtig, dass wir uns klarmachen, warum wir junge Frauen und Männer in ein fernes Land schicken, wo ihre Gesundheit an Körper und Seele und ihr Leben immer wieder in Gefahr sind. (Zuruf von der LINKEN: Ja, warum denn?)

Es ist wieder und wieder wichtig, dass wir Politiker die Tatsachen klar benennen. Es ist wieder und wieder wichtig, sich auch als Mitglieder der Bundesregierung und als Abgeordnete zu den menschlichen Zweifeln zu bekennen, die jeder von uns schon hatte oder hat: die Zweifel, ob dieser Kampfeinsatz in Afghanistan tatsächlich unabweisbar ist. Erst wenn wir uns diesen Zweifeln stellen, können wir den Einsatz glaubhaft verantworten. So jedenfalls geht es mir. Dennoch und so stehe ich wie die große Mehrheit dieses Hauses hinter diesem Einsatz.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gegen den Willen der Bevölkerung!)

Frau Merkel fordert zwar, "das Leid in Afghanistan beim Namen zu nennen", misst dann aber schon bei den Opferzahlen mit zweierlei Maß. Sie erinnert an die 43 in Afghanistan gestorbenen deutschen Soldaten, gibt aber noch nicht einmal zu, dass allein bei dem von Oberst Klein bestellten mörderischen Luftangriff bei Kunduz über 100 afghanische Zivilisten getötet wurden.

Die Kanzlerin verschweigt auch das interne juristischen Gutachten, in dem sich das Verteidigungsministerium hat bestätigen lassen, dass die Hinterbliebenen der Ermordeten von Kunduz keinen Anspruch auf Entschädigungszahlungen haben (s. <http://www.hintergrund.de/20100423838/politik/inland/verteidigungsministerium-kundus-opfer-haben-keinen-anspruch-auf-entschaedigung.html>).

Die Benennung wichtiger Tatsachen zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr wurde von der Kanzlerin zwar gefordert, benannt wurden sie aber in der anschließenden Aussprache nur von dem grünen Abgeordneten Hans-Christian Ströbele. In einer Kurzintervention während der Rede der FDP-Abgeordneten Elke Hoff erklärte er:

"Mir liegt daran, klarzumachen, dass ich mich nicht für eine verhängnisvolle Kriegspolitik in Afghanistan vereinnahmen lasse. Wenn beispielsweise vonseiten der FDP hier betont wird, der Deutsche Bundestag steht hinter dem Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan, dann sage ich: Ich stehe nicht hinter diesem Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan, und,

was vielleicht noch wichtiger ist als die Haltung des Abgeordneten Ströbele, die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung steht nicht hinter dem Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

Die deutsche Bevölkerung hat recht mit ihrer Ablehnung dieses Einsatzes in Afghanistan. Es ist nicht ein Vermittlungsproblem, wie das offenbar aufseiten der Union gedacht wird. Gestern wurde der Herr General McChrystal in der Ausschusssitzung geradezu angefleht, doch zu sagen, wie man der deutschen Bevölkerung die Notwendigkeit des Afghanistan-Einsatzes vermitteln könne. Der General hat dazu gar nichts gesagt, weil es ganz offensichtlich nicht seine Aufgabe ist. Sie können das auch nicht vermitteln, weil die Auffassung der Mehrheit der Bevölkerung richtig ist. Ein Einsatz, der, wie wir inzwischen von General McChrystal, aber auch vom Bundesverteidigungsminister wissen, in diesem Jahr aus Großoffensiven im Süden, im Osten und auch im Norden Afghanistans besteht, aus Großeinsätzen der Bundeswehr und Großeinsätzen der Alliierten, bei denen unzählige Menschen getötet und bei denen unzählige Menschen wie jetzt in Helmand in die Flucht getrieben werden, ist nicht der richtige Weg, um in Afghanistan zu deeskalieren und um Verhandlungen vorzubereiten. Wir können den Soldaten in Afghanistan deshalb guten Gewissens nicht sagen, dass sie im Namen des deutschen Volkes in Afghanistan ihren Dienst tun; vielmehr müssen wir ihnen sagen, dass sie das zwar im Auftrag einer Mehrheit des Deutschen Bundestages tun, aber gegen den erklärten Willen der Mehrheit der deutschen Bevölkerung."

Dass afghanische Frauen heute mehr Rechte als früher haben, dass Mädchen zur Schule gehen dürfen, dass Straßen gebaut werden und dass vieles, vieles mehr geschafft wurde, ist das Ergebnis unseres Einsatzes in Afghanistan.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das lohnt sich, und das ist mancher Mühe wert.

Dadurch alleine könnte der Einsatz unserer Soldaten dort aber nicht gerechtfertigt werden. In so vielen anderen Ländern dieser Welt werden die Menschenrechte missachtet, werden Ausbildungswege verhindert, sind Lebensbedingungen katastrophal – und trotzdem entsendet die internationale Gemeinschaft keine Truppen, um sich dort militärisch zu engagieren. Nein, in Afghanistan geht es noch um etwas anderes.

Der berühmte Satz unseres früheren Verteidigungsministers Peter Struck bringt das für mich auf den Punkt. Er sagte vor Jahren:

Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD – Lachen bei der LINKEN - Alexander Ulrich (DIE LINKE): Das wird auch nach Jahren nicht besser! – weiterer Zuruf von der LINKEN: Das ist ein Mythos!)

Bis heute hat niemand klarer, präziser und treffender ausdrücken können, worum es in Afghanistan geht. Bislang ist diesem Satz aber vielleicht noch nicht eine ausreichende Debatte darüber gefolgt, was genau es bedeutet, wenn wir sagen: Deutschlands Sicherheit wird auch am Hindukusch verteidigt.

(Dr. Barbara Hendricks (SPD): Er hat ?Freiheit? gesagt! Freiheit!)

Unsere Sicherheit, in einem freien Rechtsstaat leben zu können, wird heute von Entwicklungen gefährdet, die weit außerhalb unserer Grenzen entstehen können. Das ist an sich keine neue Entwicklung, aber in Zeiten der Globalisierung hat es eine neue Qualität erlangt.

Der sozialdemokratische Verteidigungsminister Peter Struck wollte am Hindukusch tatsächlich die Freiheit und nicht die Sicherheit Deutschlands verteidigen. Frau Merkel hat nicht nur falsch zitiert, auch ihre fadenscheinige Begründung für den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr ist unzutreffend. Bereits in der LUFTPOST 114/07 (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_07/LP11407_010607.pdf) haben wir uns ausführlich mit der Vorgeschichte des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges in Afghanistan und mit den damit verfolgten Absichten befasst. Wir empfehlen sie zur nochmaligen Lektüre und begnügen uns deshalb mit einem längeren Zitat daraus:

Als die schockierenden Fernsehbilder vom 11.9. noch in alle bundesdeutschen Wohnzimmer flimmerten, erklärte der damalige SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder der Bush-Administration, die sich schon mit vielfältigen Betrugsmanövern an die Macht gemogelt hatte, nicht nur seine, sondern die uneingeschränkte Solidarität Deutschlands. Unser Parlament wurde nicht gefragt, durfte aber anschließend, nachdem die NATO zum ersten und bisher einzigen Male völlig unberechtigt den bis heute nicht beendeten NATO-Bündnisfall ausgerufen hatte, Soldaten des Kommandos Spezial-Kräfte / KSK nach Afghanistan und deutsche Flottenverbände zur Absicherung des US-Angriffskrieges ans Horn von Afrika entsenden.

Nach der perfiden US-Logik hätte man nicht Afghanistan, sondern Saudi-Arabien und die Bundesrepublik überfallen müssen. Aus dem arabischen Land stammen die meisten der angeblichen Attentäter, und in der Bundesrepublik haben "die Anführer" vorher gelebt und sollen hier auch die Pläne für die Anschläge geschmiedet haben.

Trotz gegenteiliger Beteuerungen sind weder der unter dem Namen "Enduring Freedom" ausgelöste US-Überfall auf Afghanistan noch die Beteiligung der Bundeswehr daran durch ein UN-Mandat autorisiert. Erst am 20. Dezember 2001 entsandte der UN-Sicherheitsrat für einen Zeitraum von nur sechs Monaten die International Security Assistance Force / ISAF – darunter auch ein Kontingent der Bundeswehr – nach Afghanistan, mit dem Mandat, für Sicherheit und Wiederaufbau zu sorgen. Ein Kampfauftrag im Rahmen von "Enduring Freedom" wurde nicht erteilt.

Am 31. Juli 2006 wurden die US-geführten Kampftruppen von "Enduring Freedom" und die friedenssichernden ISAF-Verbände miteinander verschmolzen und der NATO unterstellt. Die Bush-Administration hat damit ihrem völkerrechtswidrigen Afghanistan-Krieg das ISAF-Mäntelchen umgehängt und lässt jetzt die NATO für ihre imperialistischen Ziele in Afghanistan und anderswo kämpfen.

Die deutschen Heeressoldaten im afghanischen Norden, die Matrosen der Bundesmarine am Horn von Afrika und die Piloten der Luftwaffen-Tornados müssen als Hiwis der verbrecherischen Bush-Clique ihr Leben aufs Spiel setzen. Das Air Component Headquarters der NATO auf der US-Air Base Ramstein ist verantwortlich für den Einsatz der deutschen Aufklärungs-Tornados und die anschließenden Luftschläge der US-Air Force und der Luftstreitkräfte anderer NATO-Partner, denen täglich unzählige unbeteiligte Zivilisten in Afghanistan zum Opfer fallen. (s. dazu LP 043/07 unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_07/LP04307_200207.pdf)

Die Bundesregierung und unser Parlament haben die Bundesrepublik zum Komplizenstaat der US-Kriegspolitik gemacht, dessen Verfassung das Papier nicht mehr wert ist, auf das sie einmal geschrieben wurde. Das wird sich erst wieder ändern, wenn unsere Soldaten zurückgerufen werden. Auch unser Land und unser Luftraum dürfen nicht länger für die völkerrechts- und verfassungswidrigen US-Angriffskriege missbraucht werden, weil der Artikel 26 unseres Grundgesetzes das verbietet.

Der internationale Terrorismus und die von ihm ausgehende sogenannte asymmetrische Bedrohung durch Menschen, denen ihr eigenes Leben nichts bedeutet – dies ist eine der großen Schattenseiten der Globalisierung. Doch sowenig man die Globalisierung abschaffen kann – was ich nicht will, was aber auch gar nicht ginge, selbst wenn man es wollte – , so wenig dürfen wir in unseren Anstrengungen nachlassen, den Gefahren für das Recht, die Sicherheit und die Freiheit unseres Landes dort zu begegnen, wo sie entstehen.

Es ist müßig und an dieser Stelle auch völlig unnötig, darüber zu diskutieren, in welchem Zusammenhang die historischen Ereignisse der Jahre 1989 und 1990, die zum Ende des Kalten Krieges geführt haben, auch mit dem ebenfalls 1989 abgeschlossenen Abzug der sowjetischen Soldaten aus Afghanistan stehen könnten. Diese Diskussion kann und will ich hier nicht führen, aber etwas anderes steht fest, und zwar, dass Afghanistan durch den Sieg der Taliban Jahre später zur Heimstatt internationaler Terrororganisationen wie al-Qaida gemacht wurde.

Es ist verständlich, dass sich unsere US-hörige Bundeskanzlerin nicht mit der Vorgeschichte des US-Überfalls auf Afghanistan beschäftigen will. Dann müsste sie nämlich auch erwähnen, dass die Mudschaheddin, aus denen die Taliban hervorgegangen sind, und das immer wieder gern bemühte Phantom Al-Qaida Geschöpfe der CIA sind. In der bereits weiter oben verlinkten LUFTPOST 114/07 haben wir dazu den US-Autor William Blum zitiert:

"Die besonders starke Unterdrückung der Frauen in Afghanistan durch die islamischen Fundamentalisten der Taliban ist weit bekannt. Viel weniger Menschen wissen aber, dass das Land während der 70er und 80er Jahre eine Regierung hatte, die sich dafür einsetzte, das in unglaublichem Maße unterentwickelte Land in das 20. Jahrhundert zu bringen (vom 21. ganz zu schweigen), was auch hieß für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen zu sorgen. Die Vereinigten Staaten gaben aber Milliarden von Dollars aus, um einen schrecklichen Krieg gegen diese Regierung zu führen, nur weil diese von der Sowjetunion unterstützt wurde. Indem man der fundamentalistischen Opposition half, erhöhte Washington wissentlich und absichtlich die Wahrscheinlichkeit einer Intervention durch die Sowjetunion. Als dieser Fall schließlich eintrat, zog die CIA die Fäden in der Region: Sie bat die Nachbarländer um finanzielle Unterstützung zusätzlich zu dem Geld, das aus Washington kam, übte auf das Nachbarland Pakistan enormen Druck aus, bestach es, pakistanischen Boden für Militärstützpunkte und als Rückzugsgebiet zur Verfügung zu stellen und stellte ein großes Waffenarsenal sowie militärische Ausbildung bereit.

Letztlich 'gewannen' die USA und die Taliban. Die Frauen und der Rest der afghanischen Bevölkerung verloren. Mehr als eine Million Menschen starben, drei Millionen wurden verkrüppelt und fünf Millionen sind geflohen Das ist ungefähr die Hälfte der Bevölkerung."

Die Taliban nannte man im Westen damals Mudschaheddin und verkaufte sie der Öffentlichkeit als "afghanische Freiheitskämpfer", die man unterstützen müsse, damit sie ihr Land von der sowjetischen Besatzungsarmee befreien könnten. In der Bundesrepublik forderten neben dem CDU-Bundestagsabgeordneten Jürgen Todenhöfer aus Kaiserslautern vor allem die GRÜNEN: "Russen raus aus Afghanistan!"

Die Terrorangriffe des 11. September hatten ihre Wurzeln in den Ausbildungslagern der al-Qaida im von den Taliban beherrschten Afghanistan. Aus ihnen sind die Attentäter von New York und Washington und später die von London und Madrid unerkannt hervorgegangen. Viele dieser Gruppen haben unerkannt unter uns gelebt. Ja, sie haben inzwischen auch bei uns in Deutschland verheerende Anschläge geplant. Wir hatten bisher lediglich das Glück, sie noch rechtzeitig verhindern zu können.

Es wäre jedoch ein Trugschluss zu glauben, Deutschland wäre nicht im Visier des internationalen Terrorismus. Die Anschläge des 11. September haben uns ahnen lassen, was sich mittlerweile bestätigt hat: dass sich unter den Bedingungen der Globalisierung die Herausforderungen an unsere Sicherheitspolitik nach dem Ende des Kalten Krieges drastisch gewandelt haben. Es wird in Zukunft weit weniger als bisher um Konflikte zwischen Staaten gehen. Es sind die asymmetrischen Konflikte, die unsere sicherheitspolitische Zukunft dominieren werden.

Es sind Taliban und ihre Verbündeten in Afghanistan, die sich hinter Stammes- und Dorfstrukturen unerkannt verstecken und damit selbst hinter Frauen und Kindern, um dann mit militärischen Mitteln zuzuschlagen. Es sind Piraten vor der Küste Somalias, die mit räuberischen Attacken unsere Handelswege in Gefahr bringen. Es sind die Gefahren, die nicht dem klassischen, dem gewohnten Muster von Konflikten und Kriegen entsprechen, die auch aus weiter Entfernung in Windeseile direkt zu uns gelangen können.

Wenn die Argumente ausgehen, packen alle Kriegstreiber der Welt die "Terrorismus-Keule" aus. Das taten und tun natürlich die Herren Bush, Cheney, Rumsfeld, Gates, Obama und Frau Clinton; aber auch Frau Merkel scheut sich nicht, die längst – hauptsächlich von US-Wissenschaftlern – widerlegten Lügen über die von der Bush-Administration inszenierten Anschläge am 11. September 2001 und die nachfolgenden Anschläge in Europa, die in der Bundesrepublik natürlich rechtzeitig "verhindert" werden konnten, immer wieder wie ein abgerichteter Papagei nachzuplappern. Dabei weiß sie als promovierte Physikerin ganz genau, dass entscheidende Teile des offiziellen Erklärungsmodells der Bush-Administration zum Einsturz der Türme des World Trade Centers den Naturgesetzen widersprechen und sie deshalb mit Thermit gesprengt worden sein müssen (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP08809_170409.pdf). Wir haben uns schon so oft mit diesen schändlichen Betrügereien und dem darauf aufgebauten Lügengebäude befasst, mit dem seither alle laufenden und geplanten US-Angriffskriege begründet werden, dass wir auf die ausführlich Wiederholung sorgfältig erhobener Gegenbeweise verzichten. Die wichtigsten sind in der LUFTPOST 159/09 (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP19509_110909.pdf), die sich mit der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin vom 08.09.09 befasst, und in darin verlinkten weiteren LUFTPOST-Ausgaben nachzulesen. Jetzt ist sogar erwiesen, dass die Bush-Administration die von ihr selbst eingesetzte Untersuchungskommission angewiesen hat, nicht zu gründlich nachzuforschen und "eine rote Linie nicht zu überschreiten" (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP08110_240310.pdf).

Es ist eine Schande, dass bisher kein einziger/r Abgeordnete/r einer im Bundestag vertretenen Partei diese Jahrhundertlüge zur Sprache gebracht und die Aufkündigung der Partnerschaft mit dem betrügerischen, verbrecherischen US-Regime gefordert hat.

Sogar Herr Gysi von der LINKEN trägt zur Fortschreibung des 9/11-Betrugs bei. Warum hat er sich in seinem ansonsten bemerkenswerten Beitrag in der Aussprache als Vertreter der einzigen Partei, die den Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan von Anfang an geschlossen abgelehnt hat, zu folgenden Bemerkungen hinreißen lassen?

"Wir wissen, dass die Taliban nicht direkt Terroristen waren, sondern dass sie den al-Qaida-Terroristen die Ausbildung etc. ermöglicht haben. Das Problem ist nur, dass die al-Qaida nicht mehr in Afghanistan, sondern jetzt in Pakistan und anderen Ländern ist. Wenn die Begründung stimmte, dass man Terrorismus bekämpfen müsste, wo er existiert, wo es Lager und Ausbildung gibt, dann müssten wir inzwischen in Pakistan, im Jemen, im Sudan und in Somalia einmarschieren. Das fordert zu Recht niemand. Also ist die Begründung falsch; denn al-Qaida sitzt nicht mehr in Afghanistan.

Auch Gysi weiß doch, dass das Phantom Al-Qaida immer da auftaucht, wo die CIA einen neuen Unruheherd schaffen muss, damit das US-Militär intervenieren kann.

Auch die Meinungsmacher in der deutschen Friedensbewegung haben es bisher vermieden, die offizielle 9/11-Legende in Frage zu stellen. Warum sind sie so zurückhaltend? Menschen, die sich zum Teil seit dem Vietnam-Krieg mit der verbrecherischen US-Außenpolitik auseinandersetzen, dürften weder schlecht informiert, leichtgläubig, noch US-hörig sein. Dann bleiben ja eigentlich nur noch Angst vor Nachteilen, Erpressbarkeit oder die in irgendeiner Form belohnte, absichtliche Desorientierung der Friedensbewegung. Erst wenn der schändliche 9/11-Betrug offen angeprangert und das darüber errichtete Lügengebäude durch eine unabhängige Untersuchung zum Einsturz gebracht wird, können es die bundesdeutschen Wasserträger des betrügerischen US-Regimes nicht mehr wagen, noch mehr deutsche Soldaten zur Durchsetzung von US-Interessen in den Tod zu schicken und die Nutzung der US-Militärbasen auf unserem Territorium für völkerrechts- und verfassungswidrige US-Angriffskriege zu erlauben.

Dennoch: Es ist und bleibt zunächst nicht eine militärische Aufgabe, dieser Bedrohung zu begegnen, ganz im Gegenteil: Der Einsatz der Bundeswehr ist und bleibt nur Ultima Ratio. (Widerspruch bei der LINKEN)

Er kann stets nur das äußerste Mittel sein, streng gebunden an Völker- und Verfassungsrecht.

Deutschland übt sich auch aufgrund seiner Geschichte nicht nur in Afghanistan in militärischer Zurückhaltung. Ich sage: Deutschland übt sich aus gutem Grund in militärischer Zurückhaltung. Militärische Zurückhaltung und der Einsatz militärischer Mittel als Ultima Ratio – das ist Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland, und zwar verbunden mit der politischen Verantwortung, die wir aufgrund unserer wirtschaftlichen Stärke, unserer geografischen Lage im Herzen Europas wie auch als Mitglied unserer Bündnisse wahrnehmen.

Wir sind eingebunden in die Partnerschaft mit den Verbündeten in der Europäischen Union und der NATO. Alleine vermögen wir wenig bis nichts auszurichten. In Partnerschaften dagegen schaffen wir vieles.

Seit 1990, also seit der Wiedervereinigung und dem Ende des Kalten Krieges, ist unser Land einen beachtlichen Weg gegangen. (Zuruf von der LINKEN: Ja!)

Im Rahmen der Wiedervereinigung haben wir den Aufbau einer Bundeswehr geschafft, die seit 1990 das gesamte Bundesgebiet umfasst, also auch das Gebiet der früheren DDR. Schritt für Schritt hat Deutschland internationale Verantwortung gemeinsam mit unseren Verbündeten in der NATO, in der europäischen Sicherheitspolitik und im Auftrag der Vereinten Nationen auch außerhalb des Bündnisgebietes übernommen.

War es unter den Bedingungen des Kalten Krieges noch völlig undenkbar, so stand die Bundeswehr wenige Jahre nach der deutschen Einheit bereits als Teil von Friedenstruppen in Somalia oder auf dem Balkan. 1999 erfolgte die Beteiligung Deutschlands am Einsatz im Kosovo. Ohne Zweifel, es sind diese Einsätze im Ausland, die heute den Auftrag, die Struktur und den Alltag der Bundeswehr wesentlich bestimmen. (Widerspruch bei der LINKEN)

Zurzeit beteiligt sich Deutschland mit rund 6 600 Soldatinnen und Soldaten an elf Missionen. Deutsche Soldatinnen und Soldaten sind in Bosnien-Herzegowina, im Kosovo, im Su-

dan, vor der Küste des Libanon, im Mittelmeer und in Afghanistan im Einsatz. Die rechtliche Absicherung dieser Auslandseinsätze ist in mehreren Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts erfolgt. Sie finden statt auf dem Boden von Mandaten des Deutschen Bundestages. Mit ihnen wird über die Abgeordneten ein wichtiges Zeichen für die Verbindung der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes mit unseren Soldatinnen und Soldaten gesetzt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zuruf von der LINKEN: 70 Prozent sind dagegen!)

Kanzlerin Merkel beruft sich gern auf die "Staatsräson". Erst hat sie die "Verteidigung der Sicherheit des Staates Israel" zum Bestandteil der deutschen Staatsräson erklärt (s. <http://www.tagesschau.de/ausland/israelreise30.html>); jetzt gehört für sie auch "Militärische Zurückhaltung und der Einsatz militärischer Mittel als Ultima Ratio" dazu. Dabei zeichnet sich ihre Regierung keineswegs durch militärische Zurückhaltung, sondern eher durch ständige militärische Eskalation aus.

Was wird sie demnächst sonst noch der "deutschen Staatsräson" zuordnen? In Wikipedia ist unter <http://de.wikipedia.org/wiki/Staatsr%C3%A4son> u. a. zu lesen:

"Das Lexikon der Politik definiert den Begriff 'Staatsräson' als ein in der italienischen Renaissance (vor allem von Machiavelli) erstmals auf den Begriff gebrachtes, grundsätzliches Orientierungs- und Handlungsprinzip, welches die Erhaltung des Staates bzw. der staatlichen Autorität und/oder sogar deren Steigerung zur entscheidenden politischen Maxime erklärt.

Alternativ bietet das Wörterbuch zur Politik drei verschiedene Definitionen der Staatsräson: Als erstes wird Staatsräson als 'Vorrang der Staatsinteressen vor allen anderen Interessen' interpretiert, eine zweite Definition sieht Staatsräson als 'Staatsnotwendigkeit, im Gegensatz zur individuellen Vernunft und Notwendigkeit'. Eine dritte und letzte Unterscheidung erkennt in ihr einen 'Grundsatz, dem zufolge oberster Maßstab staatlichen Handelns die Wahrung und Vermehrung des Nutzens des Staates ist, auch unter Inkaufnahme der Verletzung von Moral und Rechtsvorschriften".

Nimmt Frau Merkel bei der Durchsetzung staatlichen Handelns auch die Verletzung von Rechtsvorschriften in Kauf? Bei ihrer Vereidigung zur Bundeskanzlerin hat sie folgenden Eid geschworen:

"Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe." (s. <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/gg/gesamt.pdf> , Art. 56 Satz 2 GG)

Artikel 87a des Grundgesetzes lautet:

- (1) Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf. Ihre zahlenmäßige Stärke und die Grundzüge ihrer Organisation müssen sich aus dem Haushaltsplan ergeben.*
- (2) Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt.*

Die Lüge, die Bundeswehr verteidige am Hindukusch die Freiheit oder Sicherheit der Bundesrepublik, wurde von Dieter Deiseroth, der Richter am Bundesverwaltungsgericht ist, eindeutig widerlegt (s. S.2/3 dieses Kommentars).

Artikel 24 (2) lautet:

(2) Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern.

Unter Berufung auf diesen Art. 24 (2) hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil vom 12. Juli 1994 (aufzurufen unter <http://sorminiserv.unibe.ch:8080/tools/ainfo.exe?Command=ShowPrintText&Name=bv090286>) auch Auslandseinsätze der Bundeswehr zugelassen, wenn sie im Rahmen der NATO erfolgen und durch UN-Mandate autorisiert sind. Nach Auffassung des Richters Deiseroth gestattet das für den Bundeswehreinsatz in Afghanistan angezogene UN-Mandat aber keinesfalls die Teilnahme an offensiven Kampfhandlungen. (s. ebenfalls S.2/3 dieses Kommentars)

*Frau Merkel bricht mit ihren Ausführungen und ihrem Festhalten an dem völkerrechts- und verfassungswidrigen Kampfeinsatz der Bundeswehr in Afghanistan nicht nur ihren Amts-
eid, sie verstößt auch gegen das Grundgesetz, das sie zu wahren hätte.*

Dies ist wichtiger denn je. Denn die Bundeswehr wird ihren Auftrag nur dann erfüllen können, wenn sie sich auf den nötigen Rückhalt in der Gesellschaft verlassen kann
(Zurufe von der LINKEN: Das kann sie aber nicht!)

und wenn dieser Rückhalt auch sichtbar wird.
(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Auf der Grundlage dieses rechtlichen Rahmens für unsere Bundeswehr sage ich unmissverständlich: Zum Einsatz der Bundeswehr im multilateralen Rahmen wie den Vereinten Nationen, der Europäischen Union und der Nato sind wir bereit, wenn er dem Schutz unserer Bevölkerung oder dem unserer Verbündeten dient.
(Alexander Ulrich (DIE LINKE): Nehmen Sie sich mal ein Beispiel an Kanada!)

Wer deshalb heute den sofortigen, womöglich sogar alleinigen Rückzug Deutschlands unabhängig von seinen Bündnispartnern aus Afghanistan fordert, der handelt unverantwortlich.
(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Frau Merkel schreckt noch nicht einmal davor zurück, die 70 Prozent der Deutschen, die den Abbruch des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr fordern und damit bewusst oder instinktiv "das Grundgesetz verteidigen und Schaden vom deutschen Volk abwenden" wollen, zum Verfassungsbruch aufzufordern. Verantwortungslos und verfassungswidrig verhalten sich nicht die Gegner des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan, sondern die Bundesregierung und die Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU, FDP, SPD und der GRÜNEN die weiterhin deutsche Soldaten in den Tod schicken und die Beteiligung an dem verfassungswidrigen Angriffskrieg in Afghanistan fortsetzen wollen.

Nicht nur würde Afghanistan in Chaos und Anarchie versinken, auch die Folgen für die internationale Gemeinschaft und ihre Bündnisse, in denen wir Verantwortung übernommen haben, und für unsere eigene Sicherheit wären unabsehbar. Die internationale Gemeinschaft ist gemeinsam hineingegangen; die internationale Gemeinschaft wird auch gemeinsam hinausgehen. Handelte sie anders, wären die Folgen – das ist meine Überzeugung – weit verheerender als die Folgen der Anschläge vom 11. September 2001.

Dies zeigt allein ein Blick auf die Landkarte: Afghanistan hat in seiner unmittelbaren Nach-

barschaft die Nuklearmacht Pakistan. Wir müssen davon ausgehen, dass ein weiterer unmittelbarer Nachbar Afghanistans, der Iran, alles unternimmt, um Nuklearmacht zu werden. Vor einigen Tagen habe ich zusammen mit vielen Staats- und Regierungschefs auf Einladung des amerikanischen Präsidenten Barack Obama am Nukleargipfel in Washington teilgenommen. Wir waren uns einig: Der Atomterrorismus gehört zu den größten Bedrohungen für die Sicherheit der Welt. Organisationen wie al-Qaida versuchen, in den Besitz von Nuklearwaffen zu kommen oder nukleares Material zu erlangen, um damit als sogenannte schmutzige Bomben nuklear angereicherte konventionelle Waffen zu bauen.
(Alexander Ulrich (DIE LINKE): Was hat das mit Afghanistan zu tun?)

Besonders gefährlich ist die Situation in Pakistan, Afghanistans östlichem Nachbarn. Die Lage dort ist heute schon sehr fragil. Gingen wir nicht ganz konsequent die nukleare Abrüstung an, wie wir es uns in Washington vorgenommen haben, und verließen wir planlos Afghanistan, würde die Gefahr erheblich steigen, dass Nuklearwaffen und Nuklearmaterial in die Hände von extremistischen Gruppen gelangen könnten. Dies muss verhindert werden, meine Damen und Herren.
(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir dürfen niemals vergessen, wofür es für uns in Afghanistan geht: Es geht nicht um einen Konflikt zwischen sogenanntem Abendland und Morgenland, es geht nicht um eine Auseinandersetzung zwischen Christentum und Islam. Ein Im-Stich-Lassen der moderaten muslimischen Kräfte in Afghanistan durch einen überstürzten oder gar alleinigen Abzug wäre nur eines: eine Ermutigung für alle Extremisten, die weit über Afghanistan und seine Nachbarn hinausginge. Deshalb kann gar nicht oft genug gesagt werden: Es geht um die Sicherheit Deutschlands, die Sicherheit Europas, die Sicherheit unserer Partner in der Welt, die auch am Hindukusch verteidigt wird.

Hier outet sich die deutsche Bundeskanzlerin als überzeugte Propagandistin des ganzen Spektrums der aggressiven, verbrecherischen US-Außenpolitik. Mit ihren Äußerungen zur "Weltlage" unterstützt sie die unter Obama noch forcierten, mit Drohnen durchgeführten Mordanschläge auf US-Gegner in Pakistan. Mit der Warnung vor einem nicht existenten iranischen Atomwaffenprogramm und vor "schmutzigen" Al-Qaida-Bomben versucht sie nicht nur die Fortsetzung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan zu rechtfertigen, damit will sie auch schon den Boden für eine Beteiligung der Bundeswehr an dem lange geplanten Überfall auf den Iran bereiten. Die wird sie dann vermutlich damit begründen, dass die Sicherheit Israels zur "deutschen Staatsräson" gehöre.

Die Partner der internationalen Gemeinschaft wissen, dass wir Afghanistan nicht zu einer Demokratie nach westlichem Vorbild machen können. Darum hat es auch gar nicht zu gehen. Etwas mehr als acht Jahre nach Beginn des Einsatzes müssen wir feststellen – ich sage dies durchaus auch selbstkritisch und ohne jede Schuldzuweisung gegen irgendjemanden – : Es gab manche Fortschritte, es gab zu viele Rückschritte, und unsere Ziele waren zum Teil unrealistisch hoch oder sogar falsch.
(Zuruf von der LINKEN: Der Krieg war falsch, von Anfang an!)

Es ist deshalb in seiner Bedeutung gar nicht hoch genug einzuschätzen, dass auf der Londoner Afghanistan-Konferenz vor gut drei Monaten gemeinsam mit der neuen afghanischen Regierung wichtige neue Weichenstellungen unseres bisherigen Vorgehens in Afghanistan vorgenommen wurden.
(Widerspruch bei der LINKEN)

Es wurde die Strategie der vernetzten Sicherheit verabschiedet, in der die Sicherheitspolitik und die Entwicklungspolitik eng miteinander verbunden sind.

(Alexander Ulrich (DIE LINKE): Großer Fehler! Ganz großer Fehler!)

Die Londoner Strategie schließt alle politischen Kräfte Afghanistans ein. Ja, es ist ein Angebot auch an diejenigen unter den Taliban und den Aufständischen, die bereit sind, Gewalt und Terror abzuschwören. Es ist ein Angebot an alle, die sich am Aufbau einer guten Zukunft ihres Landes beteiligen wollen.

Die Londoner Strategie sieht vor, die afghanischen Sicherheitskräfte so auszubilden, dass sie schnellstmöglich in die Lage versetzt werden, für die Sicherheit und Stabilität ihres Landes selbst zu sorgen. Bereits 2011 wollen wir mit der Übergabe in Verantwortung beginnen.

(Alexander Ulrich (DIE LINKE): Mit mehr Soldaten!)

Die Londoner Strategie stimmt unsere Aufbau- und Ausbildungsleistung mit den Entwicklungsmaßnahmen unserer Partner genau ab. Die Londoner Strategie hat ausdrücklich eine regelmäßige Überprüfung von Benchmarks, Zielen und Maßnahmen festgelegt. Eine erste Bilanz wird die nächste Konferenz am 20. Juli in Kabul ziehen, an der der Bundesaußenminister teilnehmen wird.

(Lachen bei Abgeordneten der LINKEN)

In einem Wort: Die Londoner Strategie schafft die Voraussetzungen für eine Übergabe in Verantwortung. Darum, um eine Übergabe in Verantwortung, hat es der internationalen Staatengemeinschaft zu gehen, nicht um einen Abzug in Verantwortungslosigkeit wie auch nicht um den Versuch, Afghanistan zu einer Demokratie nach westlichem Vorbild zu machen. Das missachtete entweder unsere eigenen Sicherheitsinteressen, oder es wäre zum Scheitern verurteilt, weil es die kulturellen, historischen und religiösen Traditionen der afghanischen Gesellschaft unberücksichtigt ließe. Es ist wahr: Die Traditionen der Stammesversammlungen und der Loya Jirga in Afghanistan sind uns nicht vertraut, sondern fremd. Aber wahr ist auch: Sie sind eine eigene afghanische Tradition der konsensorientierten Entscheidungsfindung, die auf ihre Weise Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit ermöglichen kann.

Die so genannte "Strategie der vernetzten Sicherheit" bedient sich des bewährten Prinzips "Zuckerbrot und Peitsche". Nur die Afghanen, die sich widerstandslos von den fremden Besatzern und ihren US-Marionetten aus Kabul beherrschen lassen, können mit ziviler Hilfe rechnen. Gleichzeitig werden die zivilen Helfer als Wegbereiter und Schutzschilde für die US- und NATO-Truppen missbraucht. Auch die angeblich geplante schrittweise Übertragung der militärischen und zivilen Macht an das korrupte US-Marionettenregime in Kabul ist eine Farce. Wenn die ausländischen Besatzer geschlagen abziehen müssen, werden – wie nach dem Abzug der geschlagenen Roten Armee – wieder die Warlords und die Taliban um die Macht kämpfen. Schon damals haben die Taliban gewonnen, weil sie von der CIA so reichlich mit Waffen versorgt worden waren.

Nicht nur aufgrund meiner eigenen Erfahrung in der DDR halte ich den Rechtsstaat für die größte zivilisatorische Errungenschaft der Menschheit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD – Alexander Ulrich (DIE LINKE): Müssen Sie auch das noch bemühen?)

Rechtsstaatlichkeit – das meint nicht nur, aber zunächst die Freiheit der Menschen von Willkür und Unterdrückung, von Anarchie und Chaos, von einer Situation, in der jeder in der ständigen Angst leben muss, verfolgt oder getötet zu werden. Erst wenn den Menschen diese permanente Angst genommen wird, erst wenn der Staat in der Lage ist, das elementare Bedürfnis seiner Bevölkerung nach Sicherheit zu erfüllen, erst dann gewinnen

Menschen auch den Freiraum, ja die Freiheit, sich dem Aufbau ihres Landes zu widmen, ihrer Bildung, ihrer Wirtschaft, ihrem sozialen Ausgleich.

Es ist die vornehme Aufgabe der internationalen Staatengemeinschaft, Afghanistan beim Aufbau einer solchen Ordnung zu unterstützen, und zwar weil das unserer eigenen Sicherheit dient. Das ist der Auftrag, den die NATO und ihre Verbündeten, also auch die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, dort erfüllen. Es ist richtig: Sicherheit kann es auf Dauer nicht ohne Entwicklung geben; aber genauso richtig ist: Sicherheit ist die Voraussetzung jeder Entwicklung und die Voraussetzung dafür, dass sich in einem Land wie Afghanistan nicht wieder Brutstätten des internationalen Terrorismus bilden, die uns in Europa und der Welt bedrohen können. Das eine ist die Voraussetzung des anderen. Die internationale Gemeinschaft wird ihre militärische Präsenz so lange aufrechterhalten, wie es nötig ist, nicht länger, aber auch nicht kürzer. Unser Einsatz ist nicht auf Dauer angelegt, aber auf Verlässlichkeit. Das ist der Kern der Übergabe in Verantwortung, die wir in London eingeleitet haben und die wir erfolgreich beenden werden.

(Alexander Ulrich (DIE LINKE): Durchhalteparole!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die 43 Soldaten, die in ihrem Einsatz für Deutschland in Afghanistan ihr Leben verloren haben, haben den höchsten Preis gezahlt, den ein Soldat zahlen kann. Sie haben uns Deutsche mit davor beschützt, dass wir in Zeiten der globalen Dimension unserer Sicherheit im eigenen Land Opfer von Terroranschlägen werden.

(Zuruf von der LINKEN: Unglaublich!)

Alle Soldaten, die in Afghanistan Dienst tun, verdienen unsere Solidarität und unser Mitgefühl. Sie leben ständig in Angst, verletzt oder getötet zu werden. Sie leben in dieser Angst, damit wir zu Hause in Deutschland nicht Angst haben müssen. Dafür gebühren ihnen unser Dank, unsere Hochachtung und unsere Unterstützung.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE

Die Deutschen haben ein Parlament, das sie zwar selbst gewählt haben, und eine daraus gebildete Regierung, die ihrem Bedürfnis nach einem Leben in Frieden und Sicherheit in keiner Weise gerecht werden. Die Herrschaften in Berlin führen uns aus Dummheit oder Eigennutz immer tiefer ins Verderben. Die Welt ist durch den ungezügelter Machanspruch des in jeder Hinsicht bankrotten US-Imperiums bedroht und nicht durch den – leider auch zu terroristischen Mitteln greifenden – Widerstand, der sich weltweit dagegen aufbaut.

Wenn Frau Merkel die deutsche Bevölkerung zu "Solidarität und Mitgefühl mit unseren Soldaten" auffordert, dann erhofft sie vor allem Absolution für sich selbst und ihre fatale, US-hörige Politik. Gerade die Deutschen, die den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan fordern, beweisen Mitgefühl und Solidarität mit ihren Mitmenschen, weil sie nicht wollen, dass in Afghanistan noch mehr deutsche Soldaten von Afghanen und noch mehr Afghanen von deutschen Soldaten umgebracht werden. Sie brauchen keine Betroffenheit heuchelnden Ratschläge von einer US-hörigen Kanzlerin, die aus falsch verstandener, vielleicht sogar erpresster oder erkaufter "Nibelungentreue" bereit und willens ist, über noch mehr Leichen zu gehen.

www.luftpост-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern